Nummer 275

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 17. Juni 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8; Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Juni 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Demokratenführer gegen Volksentscheid.

Der Volksentscheid als Sprengstoff.

Schon gestern haben wir festgestellt, daß die Parole, die die demokratische Parteileitung für den 20. Juni ausgegeben hat, bei den süddeutschen Demokraten auf starken Widerspruch gestoßen ist. Die Ablehnung dieser Parole, die eine stille Aufforderung zur Bejahung des Volksentscheides darstellt, beschränkt sich aber keineswegs auf die süddeutschen Demokraten. Das „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht in seiner gestrigen Abendausgabe nachstehende Erklärung:

„Am 20. Juni soll eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden über den Antrag, das gesamte Vermögen der ehemaligen Fürsten ohne Entschädigung zu enteignen. Für die Frage der Fürstenenteignung ist die einzig richtige Lösung die Einsetzung eines Sondergerichts, wie sie im Reichstage beantragt ist und verhandelt wird. Sollte dagegen der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag angenommen werden, so wäre das eine krasse Vergewaltigung der Begriffe des Rechts und des Eigentums. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat leider aus taktischen Gründen keine feste Parole für die Abstimmung ausgegeben, sondern dem Einzelnen überlassen, wie er sich verhalten will. Die Unterzeichneten, die der Demokratischen Partei entweder angehören oder ihr nahestehen, halten das für unheilvoll und fordern deshalb ihre Gesinnungsgenossen öffentlich auf, den Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten abzulehnen, und zwar in der entschiedensten Form durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung."

gez. Hans Delbrück, Georg Gothein, Johannes Junck, Friedrich Meinecke, Graf Max Montgelas, Paul Rohrbach, Hermann Schliepmann.

Unter den Unterzeichnern sehen wir Namen, über die wohl auch die Berliner demokratischen Blätter, zu deren prominenten Mitarbeitern Männer wie Delbrück, Gothein, Meinecke und Graf Montgelas gehören, nicht wie über den Austritt Dr. Schachts mit einem Achselzucken hinweggehen können. Wenn man in Rechnung zieht, daß es in der demokratischen Reichstagsfraktion auch Abgeordnete gibt, die lediglich aus Gründen der Fraktionsdisziplin nicht offen gegen die offizielle Parteiparole auftreten, so kann man sich vorstellen, wie tief die Kluft ist, die der Konjunkturkoch in seiner Partei aufgerissen hat, und man kann erneut hoffen, daß die reinliche Scheidung zwischen dem nichtmarxistischen Liberalismus und dem linksdemokratischen Anhängsel der roten Klassenkämpfer nicht lange mehr auf sich warten läßt.

Kraft seiner Stellung als geistiger Führer der knappen, aber radikalen Mehrheit in der demokratischen Reichstagsfraktion kann Herr Erkelenz, der böse Geist der Demokratischen Partei, es sich leisten, entgegen dem äußeren Wortlaut der Parteiparole für Bejahung des Volksentscheides einzutreten. In einer Münchener Zeitung kommt er zu dem Schluß: „So sehr ich die völlig entschädigungslose Enteignung der Fürsten ablehne, so sehr komme ich andererseits angesichts der verfahrenen parlamentarischen Lage zu der Ueberzeugung, daß eine erträgliche Regelung nur nach Annahme des Volksentscheides möglich ist." Auf deutsch: Man paßt Gesinnung, Gewissen und Weltanschauung der jeweiligen parlamentarischen Lage an. Die „Taktik" (vgl. im obigen Aufruf) über die Ueberzeugung: das ist die amtliche Politik der heutigen demokratischen Partei.

Briand vorläufig wieder beauftragt.

Paris, 16. Juni.

Briand ist mit der Kabinettsbildung betraut worden und hat den Auftrag angenommen.

Bei Verlassen des Elysée erklärte Briand, er habe dem Präsidenten mitgeteilt, er werde versuchen, ein Ministerium auf der Grundlage des weitestgehenden Zusammenschlusses der Fraktionen zu bilden und deshalb deren befähigste Vertreter ersuchen, angesichts des Ernstes der Lage sich einzig und allein auf den Standpunkt der nationalen Interessen zu stellen und sich zu bemühen, wieder eine normale Finanzlage zu schaffen. Wie Havas weiter mitteilt, hat Briand die Kabinettsbildung grundsätzlich übernommen, aber seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, sich erst mit seinen Freunden zu besprechen, ehe er eine endgültige Antwort erteilt.

*

Nach parlamentarischem Brauch ist Briand, der ja in in der vorgestrigen Kammersitzung noch eine Mehrheit hinter sich hatte, wiederum mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Wir bezweifeln indes, daß es ihm gelingen wird, ein auf einer allgemeinen breiten Grundlage ruhendes Kabinett zustandezubringen.

Ueber die Verhandlungen zur Lösung der Krise, die der Beauftragung Briands vorangingen, liegen folgende Meldungen vor:

EP Paris, 16. Juni.

Wie bereits gemeldet, hat der Präsident der Republik Doumergue seine Besprechungen mit den Präsidenten beider Kammern, Herriot und de Selves, den Vorsitzenden der Finanzkommissionen, Milliès Lacroix und Simon, und schließlich mit dem Präsidenten der radikalen Kammergruppe, Cazals aufgenommen. Bemerkenswert ist, daß Herriot vor seinem Besuche im Elysée eine längere Unterredung mit Briand hatte. Sämtliche Politiker, soweit sie Erklärungen abgaben, äußerten sich dahin, daß allein Briand die zur Lösung der Krise geeignete Persönlichkeit sei. Cazals nannte daneben allerdings noch Herriot. Simon unterstrich die Tatsache, daß Briand bei den Verhandlungen, sein zehntes Kabinett zu bilden, auf ernste Schwierigkeiten stoßen werde, denn jede der in Aussicht genommenen hervorragenden Persönlichkeiten werde Bedingungen stellen, und es leuchte ein, daß man zwei Männer wie Poincaré und Herriot nicht so ohne weiteres in einem Ministerium vereinigen könne. — Poincaré wurde am frühen Nachmittag zu Doumergue gebeten und weilte etwa eine halbe Stunde im Elysée. Zur Stunde dauert die Fühlungnahme Doumergues mit den Politikern und führenden Parlamentariern noch an.

Nach allgemeiner Ueberzeugung wird Doumergue in den frühen Abendstunden Briand zu sich berufen, um ihn mit der Neubildung der Regierung zu betrauen. Die Tendenz geht allerdings dahin, ein Ministerium mit Briand im Präsidium und Außenministerium, Poincaré, dem Bokanowsky als Unterstaatssekretär beigegeben werden würde, als Finanzminister und Herriot als Innenminister zusammenzubringen. Die Entscheidung hierüber dürfte kaum vor morgen vormittag fallen. Einerseits ist damit zu rechnen, daß Poincaré das Ministerpräsidium für sich fordern wird, da man in weiten Kreisen ein ersprießliches Arbeiten eines Finanzministers, der nicht zugleich Ministerpräsident wäre, für unmöglich hält, andererseits kann Herriot einen endgültigen Beschluß nicht fassen, bevor der heute abend tagende Kongreß der radikalen Allianz Stellung genommen hat. Man glaubt allgemein, daß dieser Kongreß sich für den Eintritt Herriots in das neue Kabinett aussprechen wird.

In rechtsgerichteten parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß damit die neue Kombination bereits vor ihrem Zustandekommen gefährdet werde. denn die Rechtsmehrheit, die sich gestern in der Kammer hinter Briand gestellt habe, werde unter keinen Umständen für ein Kabinett stimmen, in dem ein Radikaler das Innenministerium übernehme, weil diesem dann die Möglichkeit gegeben wäre, die 86 Präfekten Frankreichs gegen die Rechte zu manövrieren.

Poincaré zur Uebernahme des Finanzministeriums bereit.

EP Paris, 16. Juni.

Am Nachmittag fand eine Besprechung zwischen Briand und Poincaré statt, nach der Poincaré im Senat erklärte, er sei grundsätzlich bereit, das Finanzportefeuille im neuen Ministerium zu übernehmen, er werde aber sehr scharfe Bedingungen stellen.

Herriot mahnt die Radikalen zur Parteidisziplin.

Paris, 16. Juni.

Der Kleine Parteitag der Radikalen wurde heute nachmittag mit einer Ansprache des Kammerpräsidenten Herriot eröffnet, in der dieser zur strengsten Beobachtung der Parteidisziplin aufforderte. Es wurde dann die Wiederaufnahme des 1924 aus der Partei ausgeschlossenen, jetzigen französischen Botschafters in Angora Sarraut beschlossen.

Nach längerem, zum Teil heftigen Meinungsaustausch wurde schließlich mit sämtlichen gegen drei Stimmen die Resolution des Berichterstatters betreffend die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenregelungsabkommens angenommen mit dem von dem Abg. Malvy gestellten Zusatzantrag, der die Ratifizierung von der Erfüllung der in der Resolution gemachten Vorbehalte abhängig macht. Malvy hofft, daß dadurch die Regierung gezwungen sein werde, neue Verhandlungen im Sinne dieser Vorbehalte einzuleiten. Die Sitzung wurde hierauf auf heute abend vertagt. In der Abendsitzung wird der Bericht Chautemps' über die allgemeine Politik entgegengenommen werden.

Aus dieser Meldung spricht deutlich die Angst Herriots vor einer Spaltung der Partei und eine Mahnung an Franklin-Bouillon, der ja bekanntlich jetzt von den Sozialisten loskommen will.

Dr. Stresemann zur Frage der Fürstenabfindung.

Dortmund, 16. Juni.

In einer Hauptvorstandssitzung des Wahlkreises Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei in Hagen sprach Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann über die politische Lage. In seinen Ausführungen ging Dr. Stresemann u. a. auf die Frage der Fürstenentschädigungen näher ein und wies die in einer Zentrumsversammlung in Höchst a. M. aufgestellte Behauptung zurück, wonach die Deutsche Volkspartei in den letzten Besprechungen mit dem Reichskanzler habe erkennen lassen, daß sie für ein Kompromiß, welches nicht verfassungändernd ist, nicht zu haben sei und somit jede Aussicht auf eine zufriedenstellende Lösung durch Reichstagsbeschluß mit einfacher Mehrheit entfalle. Demgegenüber stellte Dr. Stresemann zugleich in ausdrücklichem Einverständnis mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz mit Nachdruck fest, daß gerade die Deutsche Volkspartei für eine Regelung eingetreten ist, durch welche eine befriedigende Lösung durch Reichstagsbeschluß mit einfacher Mehrheit gewährleistet würde. Es sei selbstverständlich, daß auch nach dem zu erwartenden negativen Ausfall der Abstimmung am 20. Juni die Reichsregierung mit allem Nachdruck für die Annahme ihres Vergleichsvorschlages eintreten werde und daß die Deutsche Volkspartei, wie Stresemann als Parteivorsitzender feststellte, sich mit größter Energie für diese Vergleichslösung einsetzen werde, die, wie die Zustimmung der Preußischen Staatsregierung zu diesem Vorschlag im Reichsrat wohl vor aller Oeffentlichkeit beweise, das Staatsinteresse genügend wahre.

Der hessische Volksentscheid für Auflösung des Landtages.

Die Weimarer Koalition hat ausgespielt.

Darmstadt, 16. Juni.

Bei dem Volksbegehren in Hessen, das einen Volksentscheid über die Auflösung des hessischen Landtages herbeiführen will, sind bisher 164 000 Stimmen für den Volksentscheid gezählt worden. Erforderlich sind 42 000 Stimmen. Das Volksbegehren richtet sich gegen die seit der Revolution bestehende Koalitionsmehrheit (Weimarer Koalition), die sich während der letzten Landtagsverhandlungen den Anträgen auf Auflösung des Landtags widersetzte.

— **Abreise Mello Francos aus Genf.** Wie verlautet, wird der ständige Vertreter Brasiliens beim Völkerbund, Mello Franco, in nächster Zeit Genf endgültig verlassen und sich zunächst nach Paris begeben, von wo er nach Verlauf eines Monats nach Rio de Janeiro zurückkehren wird.

Die englischen Bergarbeiter lehnen ab.

London, 16. Juni.

Der Bergarbeiterführer Cook nahm im Namen der Arbeiter Stellung zu dem in der gestrigen Sitzung des Unterhauses mitgeteilten Plan der Regierung zur Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks und sagte, die Unterhausdebatte werde nicht dazu beitragen, den Frieden in der Industrie wiederherzustellen. Er fügte hinzu, die Bergarbeiter mäßen den Vorschlägen Baldwins so wenig Bedeutung bei, daß er, Cook, den nationalen Exekutivausschuß nicht einmal berufen hätte und daß infolgedessen seitens der Bergleute keine Friedensverhandlungen eröffnet werden könnten. Die Bergarbeiter seien in ihrer Ablehnung der Verlängerung der Arbeitszeit durchaus einig.

Die meisten Führer der Arbeiterpartei tagten heute im Zentralbureau der Bergarbeiter, um über ihre Haltung gegenüber den Vorschlägen der Regierung, die Krise durch Verlängerung der Arbeitszeit zu beenden, Klarheit zu schaffen. Die Arbeiterpartei hat die Absicht, die Diskussion der Regierungsmaßnahmen im Parlament durch Obstruktion zu behindern oder gar unmöglich zu machen. Lloyd George, der der gestrigen Unterhaussitzung nicht beiwohnte, erklärte, daß die Regierung mit ihren Vorschlägen einen großen taktischen Fehler begehe. Die Liberalen würden mit der Arbeiterpartei gegen die Regierung stimmen.

Weiterzahlung der russischen Streikgelder.

TU Moskau, 16. Juni.

Auf den englisch-russischen Notenwechsel hin hat der Zentralrat der russischen Gewerkschaften beschlossen, die Unterstützungsgelder nach England solange zu senden, bis diese offiziell von der englischen Regierung beschlagnahmt werden. Diesem Beschluß hat sich die Dritte Internationale angeschlossen. Die englische Mission in Moskau hat Einspruch gegen diesen Beschluß erhoben.

Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung — der moralische Selbstmord des deutschen Volkes.

Von

Dr. Georg Hartmann (Rathstock).

Es gibt keine unerhörtere Lüge von seiten der Linksbewegung im deutschen Volke als diejenige, daß das deutsche Volk entscheiden soll über die Fürstenenteignung. Nicht das deutsche Volk als „Volk" soll entscheiden, sondern eine ganz andere Kraft im deutschen Volke — eine Kraft, die das deutsche Volk als „Volk" gar nicht anerkennt — will durch eine atomisierte, rein quantitative Mehrheit der Stimmzahlen nicht nur über die Fürstenenteignung entscheiden, sondern zum zweiten Male die Schicksalsentscheidung über das ganze deutsche Volk an sich reißen, nachdem es ihr das erstemal in der Revolution 1918 nicht gelungen war: Es ist dieselbe zerstörende und auflösende Kraft im deutschen Volke, die die Revolution hervorgerufen, die deutsche Wehrmacht zerschlagen, den deutschen Staat zertrümmert und die höchste menschliche Eigenschaft, die Selbständigkeit des deutschen Volkes abgetötet hat, und zwar des Ganzen nach außen als Souveränität und Autonomie und des Einzelnen nach Innen durch die Sklavenlast des Dawesplanes. Diese Kraft ist heute verkörpert im deutschen Kommunismus und Sozialismus und findet ihren Ausdruck in der sogenannten Linksbewegung des deutschen Volkes.

Es ist dieselbe zerstörende und auflösende Kraft, die mit der Verleugnung der höchsten Eigenschaft des Menschen: der Selbständigkeit, zugleich auch dessen Charakter als Persönlichkeit und dessen Gefühl vom eigenen Werte, das Ehrgefühl, leugnet.

Für diese zerstörende und auflösende Kraft ist das deutsche Volk kein Ganzes, kein Gesamtkörper, keine Qualitätsgröße, keine Gesamtpersönlichkeit mit deren Ehre und Würde, sondern eine reine quantitative Summe beliebiger Einzelmenschen, die wieder auseinanderlaufen können, wie sie zusammengelaufen sind, durch kein einheitliches Lebensgefühl, kein starkes National- und Staatsgefühl zu einem einheitlichen Ganzen aufs Innigste verwachsen. Diese zerstörende und auflösende Kraft kennt nicht den Begriff der Entwicklung für einen solchen Gesamtkörper und leugnet deshalb seine Geschichte und Tradition, darum ist sie mit dem Fluche der Ungerechtigkeit und Undankbarkeit belastet der eigenen Vergangenheit gegenüber, wie ein Schurke, der seine eigene Abstammung, seine Jugend und Heimat verleugnet und seine Zukunft zerstört, weil er seine Vergangenheit verachtet.

Für diese zerstörende und auflösende Kraft gibt es deshalb auch nicht die tiefe Erkenntnis jedes gesunden Volkes: daß der einzelne Staatsbürger als Einzelpersönlichkeit sich dem ganzen Volke als Gesamtpersönlichkeit, und zwar als einer Persönlichkeit höheren Grades ein- und unterzuordnen hat, weil es das Gesamtschicksal ist, das über das Einzelschicksal entscheidet.

Für diese zerstörende und auflösende Kraft gibt es die drei Begriffe nicht, die sich gegenseitig bedingen: Selbständigkeit, Persönlichkeit und Ehre, weder für den Staat als Ganzes, noch für den Einzelmenschen. Darum verleugnet sie auch die höchste und heiligste Pflicht eines Staates: den Selbstschutz der eigenen Ehre durch die eigene Wehrhaftigkeit.

Bis zur Revolution 1918 war die deutsche Geschichte eine solche der nationalen Selbständigkeit, der nationalen Persönlichkeit, der nationalen Ehrhaftigkeit und Wehrhaftigkeit. Und es ist das unvergängliche Verdienst der Hohenzollern und wird es ewig bleiben, durch eine geniale Intuition diese deutsche Geschichte vier Jahrhunderte lang bestimmt zu haben: die Entwickelung des deutschen Volkes zum Staatsvolk und zur Persönlichkeit. Mit dem Staatsgenie des Großen Kurfürsten fing es an, als er die Grundlage des preußischen Staates und dessen erste Selbständigkeit nach außen schuf, indem er die Schweden verjagte und die polnische Oberhoheit abschüttelte. Das Staatsgenie Friedrich Wilhelm I. sicherte diese Grundlage der Selbständigkeit nach außen durch eine vorzügliche Wehrmacht von 84 000 Mann und einen für die damalige Zeit gewaltigen Staatsschatz von 7 Millionen Talern und nach innen durch die erste große Mittelstandspolitik, nämlich durch Ansiedelung selbständiger Bauern und selbständiger Handwerker. Ihren Glanzpunkt erreichte diese preußische Staatspolitik in Friedrich dem Großen. Er erhob Preußen durch drei Kriege zur Großmacht mit der vollen Selbständigkeit nach außen, eroberte Schlesien und sicherte Bayern für das kommende Deutsche Reich und setzte nach innen die großartige Mittelstandspolitik seines Vaters fort durch eine Kolonisation größten Stiles und durch eine Rechtspflege der Gleichheit des Menschen als Persönlichkeit vor dem Gesetz, durch die allein er sich ein Denkmal gesetzt hat für alle Zeiten. Mit dem klassischen Ausspruch: Ich bin der erste Diener des Staates, ordnete er sich selber als Fürst dem Ganzen unter als einer übergeordneten Persönlichkeit, deren Ehre als höchstes geistiges Gut und deren Wohlfahrt als materielle Grundlage der Inhalt seines Lebens war, wie er es einmal mit folgenden Worten bekannt hat: „Zwei Triebfedern bestimmen mein Handeln: die eine ist das Ehrgefühl und die andere das Wohl des Staates, den der Himmel mir